Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 56 (1977)
Heft: 7-8

Artikel: SPD in der Krise
Autor: Reventlow, Rolf
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-339357

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Rolf Reventlow

SPD in der Krise

Seit einiger Zeit spricht man in der Bundesrepublik von der Krise der SPD. Die christdemokratischen Gegner sprechen seit der letzten Bundestagswahl vom Scheitern, vom Versagen ihrer sozialdemokratischen Gegner und spekulieren darauf, ihnen die liberalen Koalitionsgenossen abspenstig zu machen. Bislang ist ihnen dies weder in der Bundesregierung noch in Hamburg, in Hessen, noch gar in Berlin-West gelungen. Dennoch, einige Schwächemomente im Konzept der sozial-liberalen Koalition sind erkennbar. Nachdem die Sozialdemokraten in Niedersachsen allzu siegessicher auf eine Ein-Mann-Mehrheit bauten und die unangenehme Überraschung erlebten, dass sich diese Mehrheit im Landtag in eine Minderheit wandelte, und dem Christdemokraten zur Mehrheit verhalfen und dieser mit Geduld und vagen Zusagen die FDP dazu brachte, ein Koalition mit den Christdemokraten einzugehen. Seither haben sich die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat zuungunsten der SPD und der mit ihnen verbündeten Liberalen verändert. Bald darauf gelang es dem saarländischen christdemokratischen Ministerpräsidenten Röder, die wenigen FDP-Mitglieder seines Landesparlaments zu einer Koalition zu überreden. Damit war die ursprünglich nur aus einer Stimme bestehende christdemokratische Mehrheit des Bundesrates auszubauen.

Im Zweikammersystem der Bundesrepublik hatte sich damit die Lage entscheidend verschoben, zumindest bei all jenen Gesetzen, die der Zustimmung des Bundestages bedürfen. Und zu diesen Gesetzen gehört auch der Bereich der Sozialversicherung und Renten. Wie bekannt, ist die sozial-liberale Regierung in der Rentenfrage nach der Wahl erheblich ausgerutscht. Zuvor wurde mehrmals und höchst bestimmt versichert, die Renten würden zum 1. Juli 1977 erhöht. Nach der Wahl wurde dann aber kurz und bündig erklärt, die Finanzlage lasse dies nicht zu. Entgegen aller Gewohnheit rebellierte die SPD-Bundestagsfraktion, während die Christdemokraten diesen überaus geeigneten Vorwand dazu benutzten, die sozial-liberale Koalition heftigst anzugreifen. Der Arbeitsminister demissionierte und wurde durch den überaus wendigen und sachkundigen Abgeordneten Ehrenberg ersetzt, der neue Wege fand. Zuvor aber sah sich der Bundeskanzler, dessen Namen sich mit der SPD eng verbindet, gezwungen, im Parlament zu sagen:

«Auch eine Regierung kann sich irren . . .»

Das war natürlich weder eine Erklärung noch eine Entschuldigung für den plötzlichen Frontwechsel nach der Wahl, der ja nichts anderes bedeutete als das Eingeständnis, angesichts der Finanznot – und der weiterhin andauernden Arbeitslosigkeit – den Versuch unternommen zu haben, nach

der Linie des geringsten Widerstands auszuweichen. Das war eine politische Panne, eine schwerwiegende Panne, weil sie die Glaubwürdigkeit der SPD in Frage stellte und dies von den durch ihren Wahlerfolg ziemlich übermütig gewordenen Christdemokraten weidlich genutzt wurde. Es gab, und dies seit geraumer Zeit, auch andere, weniger greifbare, aber doch nicht ohne Wirkung gebliebene Schwächepunkte, vor allem die überaus sichtbare Hilflosigkeit der Bundesregierung gegenüber dem Phänomen der Arbeitslosigkeit.

«Der Aufschwung kommt bestimmt . . .», erklärte der Bundeskanzler Helmut Schmidt schon vor Jahresfrist im Parlament. Worauf gründete er diese apodiktische Aussage? Die Antwort ist nicht so einfach, denn sie berührt das – im wesentlichen marktpolitisch orientierte – Wirtschaftskonzept der SPD seit Ende des Zweiten Weltkrieges. Im Zuge der langanhaltenden Konjunktur dieser Epoche hatte sich vielfach in der Partei die Meinung gebildet, die in stetigem Aufschwung verlaufende Konjunktur sei sozusagen der Normalzustand des Wirtschaftsablaufs. Man erklärte sich die Wirtschaftskrise zuerst mit den Mehrforderungen der Ölländer, also als eine Energiekrise, die den «normalen» Wirtschaftsablauf störe. Es ist dem Wirtschaftsdenken der SPD völlig abhanden gekommen, dass es periodisch Krisen gibt, deren Ursachen in der Überproduktion zu suchen sind. Aus dieser Ideologie ergab sich die Erwartung, dass die Zuwachsraten vergangener Jahre sozusagen automatisch wieder kommen müssten.[1] Allerdings, es gab auch andere Anschauungen und aus ihnen heraus im Leben der Partei ein nicht sonderlich artikuliertes, aber doch vorhandenes Unbehagen. Die Jusos, die Jungsozialisten, formulierten dieses Unbehagen mit einem Vokabular, das, nicht sonderlich durchdacht, als Orientierungspunkt auf Karl Marx zurückging. Die Gefahr, dabei in das Fahrwasser parteikommunistischer Thesen zu geraten, ergab sich alsbald, obwohl die DKP, teilweise durch ihren Mangel an Diskussionsfreudigkeit, eigentlich keinen Anziehungspunkt bildete. Der extreme Ausdruck derartiger Tendenzen stellte sich schon seit geraumer Zeit in der sogenannten «Stamokap»-Theorie (Kürzel für Staatsmonopolistischer Kapitalismus) dar. Der jüngste Konflikt mit Klaus-Uwe Beneter ist bekannt. Es wäre aber übertrieben, diesen und anderen jungsozialistischen Deklamationen allzuviel Gewicht, insbesondere hinsichtlich des inneren Lebens der Partei, beizumessen. Eine gewisse Ausnahme machte in München der einstige Jungsozialist Geiselberger, der mit einer Denkschrift über die Enteignung von Grund und Boden in den Städten die Besitzkomplexe des gewerblichen Mittelstandes, und auch der Arbeiter, weckte und zweifellos zum Verlust

---

[1] Bundeskanzler Helmut Schmidt: «Ich bin übrigens ganz sicher, dass es in der Weltwirtschaft, so auch bei uns, weiterhin wirtschaftliches Wachstum geben wird. Das muss auch so sein . . .» Zitiert aus: Deutschland 1976 - zwei Sozialdemokraten im Gespräch, rororo, Rowohlt-Taschenbücher, 1976.

des letzten Landtagswahlkampfes in München beitrug. Eigentlicher Grund der «Münchner Krankheit», wie man in Bonn die Vorkommnisse in der Münchner SPD nannte, war ein Auseinanderklaffen der Partei und der Rathausfraktion, in der man die vordem aufgestellten Kandidaten belassen hatte. Alsbald gab es einen permanenten Konflikt zwischen Rechts und Links. Fälschlicherweise redet der neue CSU-Kandidat für das Oberbürgermeisteramt[2], Kiesl, ebenso wie der bisherige Vorsitzende der SPD-Fraktion im Rathaus, Hans Preissinger, von «orthodoxen Marxisten», die in der Münchner SPD das Sagen hätten. Diese Legende besteht derzeit noch weiter, obwohl es sich eigentlich um zwei Gruppen handelt, die weit mehr durch persönliche Querelen – und zeitweise auch durch Altersunterschiede – miteinander verfeindet sind. Endgültige Verfeindung entstand kürzlich, als der örtliche Parteitag bei der Beratung der Kandidatenliste einige der «rechten» Stadträte für die Wahl im kommenden Frühjahr eliminierte. Schon zuvor waren der zweite und der dritte Bürgermeister aus der SPD ausgetreten, als ihnen diese Posten nicht vorab – und ohne Wahl auf dem Parteitag – zugesichert wurden.

Orthodoxe Marxisten sind die Münchner «linken» Stadträte ebensowenig wie die schleswig-holsteinischen Sozialisten, die in letzter Zeit von sich reden machten, weil sie sich sehr entschieden gegen die Anreicherung nicht nur ihrer Regionallandschaft mit Atomkraftwerken wandten, mit Argumenten, die in Österreich sogar von der ÖVP ins Feld geführt werden. Diese Atomkraftdiskussion ist in letzter Zeit heftig geworden, weil ein erheblicher Teil der Partei – und nicht nur im hohen Norden der BRD – die sogenannte Energiefrage zum Kernpunkt ihrer Überlegungen machte, während insbesondere der Bundeskanzler und sein Minister für wissenschaftliche Forschung, Hans Matthöfer – notorisch ein «Linker» – davon ausgehen, dass die Arbeitslosigkeit nur durch den Wirtschaftsaufschwung, lies grössere Zuwachsraten, zu meistern sei und dies wiederum grössere Energiemengen voraussetze. Genau genommen machen diese Meinungsdifferenzen nicht die Krise der SPD aus. Auch der Konflikt um Klaus-Uwe Beneter stellt weit mehr ein Phänomen jugendlichen Eigensinns als das einer Parteikrise dar. In der Auseinandersetzung mit der christdemokratischen Opposition spielt vielmehr eine nicht zu unterschätzende Rolle die Tatsache, dass Sozialdemokraten durchweg von rationalen Überlegungen ausgehen, während die Christdemokraten weit mehr von Gefühlen ausgehen, die sie zu oftmals schwer begründbaren Behauptungen verleiten. Es gibt im Wählerpublikum aber eine nicht geringe Anzahl von Menschen, die auf diese Weise leichter ansprechbar sind als mit den trockenen Argumenten rationaler Überlegung.

---

[2] Die ersten Bürgermeister, in den Grossstädten Oberbürgermeister genannt, werden nach der bayerischen Gemeindeordnung direkt von den Gemeindebürgern gewählt.

Im Lande Hessen, einst die schier uneinnehmbare SPD-Burg des Ministerpräsidenten Karl August Zinn, sind wohl andere Umstände schuld an der katastrophalen Wahlniederlage bei den letzten Gemeindewahlen, die Willy Brandt in einem Interview mit den Worten umschrieb, man habe hier einige Nackenschläge bekommen. Hier ging es zweifelsfrei um Handlungen bekannter Sozialdemokraten, die man schlicht mit dem Wort Korruption bezeichnen muss. Da war der Oberbürgermeister von Frankfurt a. M., Rudi Arndt, der erhebliche Spenden für die SPD von einem arabischen Geschäftsmann kassierte, der dann die Konzession für eine ertragreiche Tiefgarage am Frankfurter Flughafen bekam. Da genügt es politisch wohl kaum, wenn post festum gesagt wird, Spenden dürften für die SPD nur angenommen werden, wenn keine Bevorzugung dafür stattfinde. Und dann war da der Nachfolger des bereits erwähnten Karl August Zinn, der ehemalige Ministerpräsident Osswald. In dieser seiner Eigenschaft wurde er auch Aufsichtsratsvorsitzender der Helaba, der Hessischen Landesbank. Diese als Girozentrale der hessischen Sparkassen fungierende Bank begab sich auf die gefährliche Bahn einer Beteiligung bei einer Schweizer Bank in Genf, die Pleite machte und damit der Helaba einen Millionenverlust einbrachte. Osswald aber tat lange Zeit beleidigt, wenn man ihn auf seinen Posten als Aufsichtsratsvorsitzender ansprach. Das war ein Mangel an Verantwortlichkeitsempfinden, das nach allgemeiner Meinung ein in öffentlichen Ämtern tätiger Sozialdemokrat haben muss. Ausserdem hatte Osswald von der gleichen Bank einen billigen Kredit zu den Bedingungen der Bausparverträge bekommen, aber nie etwas zu diesem Bausparvertrag aus eigenen Mitteln angespart. Osswald musste endlich gehen und wurde durch den Bundesgeschäftsführer (Zentralsekretär) Holger Börner ersetzt, viel zu spät. In Berlin-West hat auch ein persönlicher Regierungswechsel stattgefunden. Der Innensenator Neubauer musste gehen, weil er einige Jahre «vergessen» hatte, von einer Aufwandsentschädigung den gesetzlich vorgeschriebenen Anteil abzuführen. Angeblich war er das gar nicht gewesen. Seine Frau hatte diese Vergesslichkeit auf dem Gewissen. Es waren lediglich einige 50 000 DM. Seine Demission hatte bekanntlich auch den Rücktritt des regierenden Bürgermeisters Klaus Schütz zur Folge, dem die Mitverantwortung in einer Reihe von Skandalen innerhalb des Senats zur Last gelegt wurde. Der Hauptskandal war dabei wohl der des «Kreisel», eines kostspieligen Bauwerks, für das sich keinerlei Verwendung finden liess. Die Lösung war nun ein junger regierender Bürgermeister, der sich einen Teil der Senatoren aus der Bundesrepublik holte. Ob es eine Lösung sein wird, das muss sich erst noch herausstellen. Auf jeden Fall blieb, ebenso wie in Hessen, das Liebeswerben der CDU um eine Wechsel der Koalitionszugehörigkeit bei der liberalen FDP umsonst. Sie hielt, im Gegensatz zu Niedersachsen und dem Saarland, dem Gedanken, dass sich der liberale Standpunkt mit der SPD besser vereinbart als mit den vereinigten Christdemokraten, die Treue. Bis jetzt sind die Hoffnungen der

CDU/CSU, die FDP zu sich herüber zu ziehen, an allen entscheidenden Punkten unerfüllt geblieben. Bedauerlich aber ist, dass eben diese FDP gegenüber der SPD in der Rolle des Herrn Saubermann geblieben ist. Das betrifft nicht nur die bereits erwähnten Fälle, sondern auch die Vorwürfe gegen den SPD-Bundestagsabgeordneten Rudolf Kaffka. Ein von ihm begründeter und geleiteter jugendpolitischer Bildungsverein hat mit manipulierten Abrechnungen unberechtigterweise Zuschüsse vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen kassiert. Der Vorstand der Bundestagsfraktion erklärte hierzu, er werde alles tun, um die Vorwürfe zu klären. Die Lage dieses Abgeordneten in der Partei muss allerdings von seiner Gebietsorganisation beurteilt werden. Aus diesem Fall kann natürlich kein verallgemeinerndes Urteil über die Partei gezogen werden. Nichtsdestoweniger trifft er die SPD empfindlich im Zusammenhang mit den anderen, bereits erwähnten angreifbaren Vorfällen.

Aber wenn man England nimmt, dann hat Labour ganz knapp die Mehrheit der Mandate, aber mit weniger als 40 Prozent der Stimmen. Man kann Belgien nehmen, man kann sogar Schweden nehmen. Wir haben es mit knapperen Mehrheiten als in früheren Jahren zu tun. Aber das war nicht eigentlich das, wovon Sie erwarten, dass ich darauf einginge. Die Entscheidungen in der Bundesrepublik Deutschland werden nicht getroffen nach ideologischen Etiketten, sondern gestützt auf die Beurteilung dessen, was in einer Reihe hinter uns liegender Jahre getan worden ist und was nun, gestützt darauf, weiter geschehen könnte. Was heisst hier «Sozialismus»? Die Tatsache, von der ich ausgehe, ist: Es galt das Leben etwas sicherer zu machen, das haben wir getan, eine frühere Regierung und eine jetzige darauf aufbauend, durch grössere Beweglichkeit und auch weniger Voreingenommenheit in unserer auswärtigen Politik. Wir haben in einer nicht einfachen wirtschaftlichen Situation für die Bundesrepublik einen Lebensstandard der breiten Schichten gesichert, nicht nur der arbeitenden, sondern auch derer, die von Renten leben – einen Standard, der sich vorteilhaft abhebt von fast allen Industriestaaten. Wir haben das Netz der «sozialen Sicherung», wie wir es nennen, sogar in einer wirtschaftlich schwierigen Situation enger geknüpft, bewusst enger geknüpft.

Willy Brandt in «das da»